

Wesel schließt sich „Münsteraner Erklärung“ an

Der Rat unterstützt die Forderung nach einer klaren Regelung zur Asylpolitik, um Kommunen zu entlasten

Wesel. Die gestiegene Zahl der Geflüchteten belastet die Kommunen, sie fordern mehr Hilfe von Bund und Land sowie ein Steuerung der Einwanderung. Um dies zu unterstreichen, schließt sich die Stadt den Forderungen der „Münsteraner Erklärung“ des Städte- und Gemeindebundes NRW an. Das beschloss der Stadtrat auf Antrag der CDU mehrheitlich – allerdings verweigerten zwei Fraktionen die Zustimmung.

In der Erklärung wird unter anderem eine „klare Regulierung der Einwanderung“ gefordert, „die Grenzen der Zuwanderung müssen den Grenzen der Integrationsfähigkeit der Gesellschaft entsprechen“

heißt es dort. Außerdem wird eine gerechte Verteilung und der Schutz der EU-Außengrenzen gefordert, eine Ausweitung der Aufnahmekapazitäten in Bund und Land, die Rückführung von Personen ohne Bleibeperspektive und die vollständige Kostenerstattung für die Unterbringung, Versorgung und Integration der geflüchteten Menschen in den Kommunen. Mit Blick auf den Fachkräftemangel machen sich die Unterzeichner der Erklärung für eine gezielte Zuwanderung qualifizierter Menschen stark.

Während SPD und CDU die Erklärung lobten und grundlegende Regeln für die Zuwanderung – auch von Geflüchteten – forderten, er-

klärten Barbara Wagner für die Linken und Ulrich Gorris für die Grünen, dass sie der Erklärung zumindest in einigen Punkten nicht zustimmen könnten. „Wir halten eine Einschränkung des Asylrechts für problematisch“, begründete Gorris.

Auch Barbara Wagner erklärte,

dass ihre Fraktion gleich mehrere Punkte kritisch bewerte.

Da die Fraktionen der Erklärung nur entweder komplett oder gar nicht zustimmen konnten, entschieden sich die Grünen und die Linken mit insgesamt neun Stimmen dagegen. rme

Auch in Wesel mussten Geflüchtete vorübergehend in einer Sporthalle untergebracht werden.

MARKUS WEISSENFELS/FFS

